

Sehr geehrte Frau Bundesrätin Keller-Suter,  
sehr geehrte Mitarbeitende,

wir bedanken uns für die Gelegenheit zur Teilnahme an der Vernehmlassung zum Entlastungspaket 2027 (EP27). foraus ist eine grassroot-Organisation, die sich für eine partizipative und vorausschauende Schweizer Aussenpolitik auf nationaler und internationaler Ebene einsetzt. Die folgende Stellungnahme beschränkt sich daher auf drei Massnahmen, die unseres Erachtens negative Konsequenzen für die Nachhaltigkeit und Inklusivität der hiesigen Aussenpolitik haben, sowie dem "Whole-of-Switzerland-Ansatz" erheblichen Schaden zufügen.

1. Das Einfrieren der IZA-Ausgaben bis 2030 (Kapitel im Bericht 1.5.1)
2. Die Stärkung der Nutzerfinanzierung im Bereich internationale Mobilität Bildung (Kapitel im Bericht 1.5.7)
3. Der Verzicht auf die Beiträge des Auslandangebot der SRG (Kapitel im Bericht 2.2)

Die in dieser Antwort geäusserten Meinungen und Vorschläge repräsentieren einzig die Meinungen und Vorschläge der unterzeichnenden Personen und stellen weder eine offizielle Position von foraus dar, noch spiegeln sie zwingend die Meinungen anderer bei foraus beteiligter Personen wider.

### **1. Einfrieren der IZA-Ausgaben bis 2030 (1.5.1)**

Wie so oft in der Aussenpolitik werden politische Entscheide mit grosser Tragweite wenig bis gar nicht von der eigenen Bevölkerung gespürt. Das bedeutet jedoch nicht, dass diese Entscheidungen keine schwerwiegenden Konsequenzen anderswo haben. Bei Kürzungen im Bereich der internationalen Zusammenarbeit (IZA) trifft genau dies zu. Im Falle der geplanten Einfrierung der IZA-Ausgaben bis 2030 sehen wir dennoch drei Konsequenzen, die sich indirekt auf die Schweiz auswirken werden: der Verlust ihrer Glaubwürdigkeit als humanitäre Akteurin, die direkten und dramatischen Folgen für Not-Betroffene und Hilfsbedürftige, sowie dem Schaden für Schweizer Interessen.

#### **I. Die Glaubwürdigkeit der Schweiz als humanitäre Akteurin steht auf der Kippe**

Die Schweiz steht vor einem Wendepunkt in ihrer Strategie zur Internationalen Zusammenarbeit. Die beschlossene Einfrierung bis 2030 zeigt eine neue Tendenz zur Kürzung der Mittel für die internationale Zusammenarbeit, was die langjährige humanitäre Tradition der Schweiz unter Druck setzt. Gerade in einer Zeit des globalen Aufrüstens auf Kosten von internationaler Solidarität sollte sich die Schweiz an ihre traditionelle humanitäre Rolle erinnern. Dabei handelt es sich auch um einen wichtigen Eckpfeiler ihrer Aussenpolitik, der eng mit der Neutralität des Landes verknüpft ist.

Die Tendenz zur Vernachlässigung ihrer humanitären und solidarischen Werten könnten weitreichende Folgen für die globale Rolle der Schweiz und ihrer diplomatischen Identität haben. Sie gefährdet die Glaubwürdigkeit der Schweiz als Gründungsstaat und Gastgeberin vieler humanitärer Organisationen. Die Schweiz hat sich immer als Vermittlerin und Anbieterin „Guter

Dienste“ positioniert, doch die nun vorgeschlagenen drastischen Einschnitte könnten dieses Image nachhaltig schädigen. Zudem könnte das Vertrauen in die Fähigkeit und Bereitschaft der Schweiz, internationale Verpflichtungen wahrzunehmen, geschwächt werden.

## II. Die konkreten Auswirkungen für Not-Betroffene und Hilfsbedürftige

Humanitäre Notlagen wie beispielsweise aktuell im Sudan, in Myanmar oder in Gaza haben sich im Jahr 2025 durch andauernde Krisen verschärft. Die plötzliche Auflösung der US-Entwicklungsgelder von USAID stellt viele Schweizer NGOs und Hilfsprojekte unter existenziellen Druck.

Die Auswirkungen dieser Kürzungen sind dramatisch: In Ländern wie Afghanistan, Kenia oder Burkina Faso verlieren besonders vulnerable Gruppen Zugang zu Nahrungshilfe, sauberem Wasser und medizinischer Versorgung. Der plötzliche Wegfall von Mitteln durch die USA hat gezeigt, wie fragil die Finanzierung humanitärer Projekte ist. Eine ähnliche Politik seitens der Schweiz könnte langfristige Entwicklungsprojekte gefährden und würde besonders Millionen von Menschen in prekären Regionen treffen.

## III. Der Schaden für Schweizer Interessen

Umgekehrt würde ein Rückzug von Schweizer Hilfsprojekten auch die Perspektivlosigkeit in Ländern vergrössern, wo den Menschen nichts anderes übrigbleibt, als sich auf den gefährlichen Weg nach Europa zu machen. Mit ihren Hilfsgeldern zielt die Schweiz darauf ab, Stabilität und Friedensförderung zu fördern, sowie die Entwicklung der lokalen Arbeitsmärkte zu unterstützen. Kürzungen im IZA-Bereich stehen daher im Widerspruch zu den internationalen Hauptinteressen der Schweiz, die darauf basieren, unregulierter Migration aus ärmeren Ländern durch Förderung von Stabilität und wirtschaftlichen, sowie gesellschaftlichen Perspektiven vor Ort entgegenzuwirken.

Die Schweiz hat zudem auch grosses Interesse daran, ihren humanitären Ruf zu bewahren. Vor der Herausforderung, ihre traditionelle humanitäre Rolle mit neuen geopolitischen Realitäten und budgetären Zwängen in Einklang zu bringen, bedrohen Kürzungen in hilfsbedürftigen Ländern die Schweizer Solidarität. Diese Verschiebung der Prioritäten, insbesondere in Richtung Ukraine-Hilfe und Klimafinanzierung, bei gleichzeitiger Reduzierung der Gesamtmittel, wird die Schweiz zwingen, ihre Strategie zu überdenken und möglicherweise ihr traditionelles Rollenverständnis einer globalen, humanitären Akteurin anzupassen.

## **2. Stärkung der Nutzerfinanzierung im Bereich internationale Mobilität (1.5.7)**

Durch die Massnahme „Stärkung der Nutzerfinanzierung“ soll im Bereich Bildung, Forschung und Innovation (BFI) die Bundesfinanzierung für internationale Mobilität um 10 % gekürzt werden. Konkret bedeutet dies eine Reduktion um 6,5 Mio. CHF im Jahr 2027 und 6,9 Mio. CHF im Jahr 2028, die durch eine stärkere Nutzer:innenfinanzierung – also durch die betroffenen Personen in Ausbildung – kompensiert werden müssten.

Vor dem Hintergrund der erneuten Assoziierung der Schweiz an das Programm Erasmus+ sowie der vom Parlament 2024 verabschiedeten Botschaft „Bildung, Forschung und Innovation 2025–

2028“ schwächt diese geplante Massnahme unseres Erachtens die Position der Schweiz sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene erheblich.

#### I. Auf nationaler Ebene: Drohende Elitisierung von Auslandsaustauschen

Die internationale Strategie der Schweiz im Bereich Bildung, Forschung und Innovation erkennt an, dass „[im] Ausland erworbene fachliche, methodische und sprachliche Kompetenzen weiter an Bedeutung gewinnen [werden]“. Damit diese Möglichkeit weiterhin allen Personen in Ausbildung offensteht, muss ein demokratischer Staat Chancengleichheit im Bildungsbereich gewährleisten. Dazu gehört insbesondere die internationale Mobilität, da diese stark von der finanziellen Situation der jeweiligen Studierenden abhängt.

Eine verstärkte Nutzer:innenfinanzierung hätte zur Folge, dass sich finanziell benachteiligte Personen einen Auslandsaustausch schlicht nicht mehr leisten könnten und dadurch von den genannten Kernkompetenzen ausgeschlossen blieben. Dies wiederum würde ihre Berufsaussichten verschlechtern. Besonders in internationalen Arbeitsfeldern wie der Diplomatie, bei NGOs oder in der Wissenschaft bliebe so der Zugang weiterhin elitär – einer Tendenz, der wir uns im Sinne einer inklusiven Schweizer Aussenpolitik entgegensetzen.

#### II. Auf internationaler Ebene: Drohende Isolation der Schweiz in Akademie- und Bildungsnetzwerken die der Forschung und Innovation schaden

Die geplanten Massnahmen im Bereich der internationalen Mobilität treffen Akteur:innen des BFI – wie beispielsweise das Kompetenzzentrum für Austausch, Mobilität und Kooperation Movetia, das im Auftrag von Bund und Kantone handelt – doppelt hart. Bereits im vergangenen Jahr wurde das BFI-Budget vom Parlament um 2,6 Mio. CHF gekürzt und bis 2028 eingefroren.

Vor diesem Hintergrund sehen auch wir die geplante Assoziierung der Schweiz an Erasmus+ im Jahr 2027 gefährdet. Zudem droht eine zunehmende Isolation der Schweiz innerhalb des internationalen Netzwerks von Universitäten und Bildungsinstitutionen. In diesem Zusammenhang verweisen wir auf die [Stellungnahme der BFI-Akteur:innen](#) und schliessen uns ihrer Argumentation an.

Der BFI-Bereich trägt zudem auch massgeblich zur internationalen Wahrnehmung der Schweiz bei und ist deshalb ein essenzieller Bestandteil des „Whole-of-Switzerland“-Ansatzes. Dank ihm wird die Schweiz international als Forschungs- und Innovationsstandort bis heute anerkannt und geschätzt. Ein hohes Niveau in Forschung und Innovation kann aber nur dann gewährleistet werden, wenn Studierenden aus der Schweiz weiterhin eine faire Möglichkeit offensteht, Kompetenzen im Ausland zu erwerben. Somit haben Kürzungen im BFI-Bereich indirekte Auswirkungen auf das wirtschaftliche Interesse der Schweiz, weiterhin eine führende Rolle in Forschung und Innovation einzunehmen.

### **3. Der Verzicht auf die Beiträge des Auslandangebot der SRG (2.2)**

Bei der geplanten Streichung der Bundesausgaben für das Auslandangebot der Schweizerischen Radio- und Fernsehgesellschaft (SRG) handelt es sich um ca. 19 Mio. CHF, oder der gesetzlich festgelegten Hälfte des Gesamtbudgets (im Art. 28 des [RTVG](#)). Der Verzicht hätte drastische Folgen für die Produktion des aktuellen Auslandangebots und schwächt unserer Einschätzung nach dem „Whole-of-Switzerland“-Ansatz in beträchtlicher Weise. Die Konsequenzen betreffen sowohl die Visibilität der Schweiz nach aussen als auch den Bezug von Auslandschweizer:innen zu ihrer Heimat.

#### I. Visibilität nach Aussen

Mit der Mitfinanzierung des Auslandangebots der SRG investiert der Bund direkt in eines seiner Hauptinteressen als Staat, nämlich der positiven Wahrnehmung der Schweiz in der Welt. Der geplante Verzicht würde die internationale Sichtbarkeit der Schweiz erheblich schmälern, da es bei den betroffenen Angeboten um mehr als nur journalistische Berichterstattung geht.

Angesichts ihrer vergleichsweise kleinen Bevölkerung von knapp 9 Millionen Einwohner:innen ist die Schweiz international aussergewöhnlich gut vernetzt. Dies verdankt sie unter anderem ihrem ausgezeichneten Ruf als Standort für Wirtschaft, Innovation, Forschung und Tourismus. Um dieses positive Image aufrechtzuerhalten, benötigt die Schweiz Sichtbarkeit – und diese geht Hand in Hand mit einer qualitativ hochwertigen Berichterstattung. Die internationale Verbreitung von Informationen über die Schweiz in diesem Umfang kann derzeit nur von der SRG, unterstützt vom Bund, gewährleistet werden.

Wir verweisen auf die [Stellungnahme der SRG](#) und beziehen uns auf deren Argumentation bezüglich der detaillierten Leistungen und Auswirkungen auf die der SRG unterstehenden Plattformen und Programme.

Das aktuelle Angebot verteilt sich auf mehrere Kanäle. Besonders relevant für die Sichtbarkeit ist die zehnsprachige Onlineplattform SWI swissinfo.ch. Sie berichtet regelmässig und fundiert über Schweizer Forschungsinstitute, Unternehmen, Banken und Persönlichkeiten, die sowohl national als auch international aktiv sind. Dadurch trägt SWI swissinfo.ch zur Wahrnehmung Schweizer Akteur:innen bei und vermittelt Schweizer Perspektiven einem weltweiten Publikum. Zudem dient die Plattform als verlässliche Quelle, auf die sich auch foraus-Autor:innen in ihrer Arbeit häufig stützen.

#### II. Verbindung zum Inneren

Umgekehrt dient das Auslandangebot der SRG den rund 800'000 Auslandschweizer:innen als Verbindung zu ihrer Heimat und erleichtert das Ausüben ihrer politischen Rechte. Das Auslandangebot, das ausser SWI Swissinfo.ch auch die italienischsprachige Plattform tvsvizzera.it und die Zusammenarbeit mit TV5MONDE (FR) und 3sat (DE) umfängt, ermöglicht es, den Auslandschweizer:innen eine relevante Berichterstattung zu ihren Anliegen.

### 4. Fazit

Die drei erwähnten Massnahmen treffen verschiedene Sektoren, die zur Sicherheit, der Vernetzung, und der positiven Wahrnehmung der Schweiz beitragen. Das Entlastungspaket birgt in diesem Sinne auch die Gefahr einer auf der internationalen Ebene isolierten Schweiz.

Die erwähnten Kürzungen führen zu einer grösseren Isolierung der Schweiz, was in völligem Widerspruch zu ihren Hauptinteressen in Wirtschaft, Sicherheit und Wohlfahrt steht – diese basieren auf einer globalen Eingebundenheit der Schweiz. Dazu schaden die drei erwähnten Massnahmen allesamt dem kohärenten und abgestimmten Auftreten der Schweiz auf dem internationalen Parkett, was unter anderem in direktem Gegensatz zum “Whole-of-Switzerland”-Ansatz und der AVIS-28 Strategie der Schweizer Aussenpolitik steht.

In Anbetracht dieser drohenden Isolation und den darauffolgenden Konsequenzen ersuchen wir Sie, geschätzte Frau Bundespräsidentin, sehr geehrte Mitarbeitende, die geplanten Sparmassnahmen 1.5.1, 1.5.7, und 2.2 wohlwollend zu überprüfen.

Freundliche Grüsse  
Nadine Kas und Lévi Sollberger